

**Mehr denn je -
Van der Bellen wählen.
Hofer verhindern.**

FPÖ gegen Arbeiterkammern, Gewerkschaften und Kollektivverträge

Öfter schon wollte die FPÖ die Arbeiterkammerumlage kürzen und so die AK, die jährlich Millionen an Euro für die ArbeitnehmerInnen erstreitet und hohes Vertrauen bei den ArbeitnehmerInnen genießt, schwächen. Die FPÖ an der Regierung - und zuletzt der FPÖ-Wirtschaftssprecher - wollten Kollektivvertragsverhandlungen von der Branchenebene auf die Betriebsebene verlagern. Im einzelnen Betrieb ist die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften aber viel schwächer als auf der überbetrieblichen Branchenebene! Wird nur in Betrieben verhandelt, geraten Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen ordentlich unter Druck. Die Erfahrung zeigt: In EU-Ländern, wo Löhne nicht mehr auf Branchen- sondern auf Betriebsebene verhandelt werden, gab es für die ArbeitnehmerInnen hohe Einkommensverluste!

FPÖ - eine Partei der Reichen und Eliten

Die Freiheitlichen - und auch ihr Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer - sind klar gegen Vermögenssteuern. Dafür stimmte die FPÖ im Parlament gegen die Einführung der Mindestsicherung, gegen die Begrenzung von Luxuspensionen und macht sich auch für radikale Steuersenkungen stark, die nur Reichen nutzen und massive Einsparungen bei Bildung, Pensionen und Gesundheit zur Folge hätten - zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und „kleinen Leute“.

Mehr denn je:

AM 4. DEZEMBER - Deine Stimme für

Alexander Van der Bellen!

- Weil sich Van der Bellen für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit und für Bildung ohne Barrieren einsetzt.
- Weil Van der Bellen das Gemeinsame über das Trennende stellt.
- Weil Van der Bellen - wenn es hart auf hart gegangen ist - immer auf der Seite von Gewerkschaft und Arbeiterkammer gestanden ist.
- Weil Van der Bellen für ein gemeinsames Europa steht, aber die EU-Politik auch dort kritisiert, wo sie zu kritisieren ist: Etwa wenn sie zu wenig gegen Arbeitslosigkeit tut und durch ihren harten Sparkurs den sozialen Zusammenhalt sowie zukunftsgerichtete Investitionen gefährdet.

Unterstütze die Initiative „GewerkschafterInnen für Van der Bellen“. Jetzt! Denn nach dem 4. Dezember ist es zu spät ...

Mehr Infos unter:

www.gewerkschafterinnen-fuer-vanderbellen.at

auf Facebook:

www.facebook.com/GewerkschafterInnenfuerVanderBellen/

Impressum: Medieninhaber: Initiative „GewerkschafterInnen für Van der Bellen“, Belvederegasse 10/1, 1040 Wien Hersteller: Donau Forum Druck Verlagsort: 1040 Wien Herstellungsort: 1230 Wien

BUNDES PRÄSIDENTEN WAHL

**Mehr denn je -
Van der Bellen wählen.
Hofer verhindern.**

AM 4. DEZEMBER!



**GEWERKSCHAFTERINNEN
FÜR
VAN DER
BELLEN**

**4. Dezember
2016**



**Mehr denn je -
Van der Bellen wählen.
Hofer verhindern.**

Am 4. Dezember wählt Österreich einen neuen Bundespräsidenten. Eine Richtungsentscheidung.

Bekommt Österreich einen Präsidenten, der sich für sozialen Ausgleich, ein gemeinsames Miteinander und für Menschenrechte einsetzt? Oder einen der spaltet, der die „Bürgerkriegsfantasien“ seines Parteichefs verteidigt und noch dazu aktiver Burschenschafter ist?

Wir, die Initiative „GewerkschafterInnen für Van der Bellen“ unterstützen Alexander Van der Bellen.

Weil er für Demokratie, Mitbestimmung und Solidarität steht – Werte, die uns GewerkschafterInnen wichtig sind. Weil er für verantwortungslose, rein parteipolitisch motivierte außenpolitische Abenteuer nicht zu haben ist. Und weil wir uns bei Van der Bellen sicher sein können, dass wir keine „blauen Wunder“ erleben werden. Von denen hatten wir nämlich schon genug. Wir brauchen keine weiteren.

AM 4. DEZEMBER!



**Mehr denn je -
Van der Bellen wählen.
Hofer verhindern.**

Was Du unbedingt über die FPÖ wissen solltest ...

Die Freiheitlichen und ihr Chefideologe und Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer behaupten immer wieder, sie wären die Partei des „kleinen Mannes“. Davon kann aber keine Rede sein – denn gerade die FPÖ betreibt tatsächlich eine Politik gegen die „kleinen Leute“ und gegen die ArbeitnehmerInnen.

FPÖ an der Regierung heißt Kürzungen für ArbeitnehmerInnen

Als die FPÖ an der Regierung war (2000-2006), hat sie wesentliche Verschlechterungen im Sozial- und Arbeitsrecht beschlossen, u.a. :

- „Billigere“ Kündigungen für ArbeitgeberInnen und finanzielle Kürzungen bei ArbeitnehmerInnen (geringere Urlaubsabgeltung, höhere Besteuerung von Beendigungsansprüchen, Kürzung der Familienzuschläge bei Arbeitslosigkeit etc.)
- Der Entgeltfortzahlungs-Fonds für ArbeiterInnen wurde abgeschafft. Damit fiel auch der Schutz vor Kündigungen im Krankenstand.
- Die härteste Pensionsreform der Zweiten Republik mit massiven Kürzungen bei künftigen Pensionen.



**Mehr denn je -
Van der Bellen wählen.
Hofer verhindern.**

FPÖ für Lohn- und Sozialdumping

Im April 2011 stimmte die FPÖ im Parlament gegen das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz. Dafür fordert die FPÖ im Handbuch freiheitlicher Politik, für das Norbert Hofer hauptverantwortlich zeichnet, eine eigene Kranken- und Arbeitslosenversicherung für MigrantInnen mit niedrigeren Arbeitgeberbeiträgen und schlechteren Leistungen. Dadurch würden österreichische ArbeitnehmerInnen für Unternehmen deutlich teurer werden als nicht-österreichische! Wer profitiert wohl von dieser Maßnahme? Die „kleinen ArbeitnehmerInnen“ sicher nicht!

Freiheitliche gegen ArbeitnehmerInnenrechte

Die FPÖ-UnternehmerInnen vom „Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender“ forderten zur Krisenbewältigung eine „Notgesetzgebung“, um ArbeitnehmerInnenrechte aufzuheben. Die FPÖ stimmte im Nationalrat gegen die „europäische Sozialcharta“, die gerechte Arbeitsbedingungen und Löhne vorsieht und das Recht auf soziale Sicherheit und Bildung, auf einen besonderen gesetzlichen Schutz für Jugendliche und Kinder sowie auf Würde und Mitbestimmung am Arbeitsplatz beinhaltet.

